

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag
 Bezugspreis vierteljährlich 3000 Mk.
 Einzelnummer 300 Mk. (nur gegen Voreinsendung des Betrages)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Zimmer
 Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Altestraße 16
 Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Anzeigergebühr für die sechsgepaßte Kolonelle
 oder deren Raum 2000 Mk.
 Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme

1890



1923

Zum vierunddreißigsten Maientag

O, laßt uns unser Herz doch fragen:
 O Herz! wem gilt dein guter Trost?
 Und unsere Herzen hören wir sagen:
 Der ganzen Welt gilt unser Trost!

O Herz! wem gilt denn deine Freundschaft?
 Das Herz spricht: Allen Menschen, die
 Den freien Stürmen innerlich gleichen:
 Die sind uns Freundschaftssympathie.

O Herz! und welches ist dein Hoffen?
 Das Herz erzitternd Antwort gibt:
 Die neue Welt, die Welt der Menschheit,
 Die Welt: die nur noch schenkt und liebt!

Mag Dortu.

Zum vierunddreißigsten Male rufen die Maifestglocken. Sie klingen hinein in das blutige Drama, das an der Ruhr gespielt wird. Eine Handlung von solcher Art hat die Weltgeschichte noch nicht gesehen. Auf der einen Seite eine kriegsmäßig ausgerüstete Armee, die den Beweis zu erbringen trachtet, daß mit Gewehr und Säbel bei einem ausgemergelten Volke ein größerer Tribut eingesammelt werden kann und mit Kolbenstößen deutsche Menschen arbeitsfreudiger zu machen sind, auf der andern Seite eine waffenlose, friedliebende Bevölkerung, die den Beweis für die Richtigkeit des alten christlichen Grundsatzes zu erbringen trachtet, daß der Geist mächtiger ist als das Schwert. Beide Seiten sind sich der ganzen Größe des Einsatzes bewußt, worum sie ringen. Sie wissen, daß sie in einem entscheidenden Waffengang zwischen Gewalt und Recht, zwischen Militarismus und Pazifismus stehen. Siegt der eine, wird ganz zwangsläufig eine neue Dauertwelle der Unrast, der Erbitterung, des Völkerschusses, des Kriegswahnes über die Erde fegen und der Ruiniererschaft der Menschenerfleischung winkt einmal mehr eine goldige Ernte. Siegt aber der andere, ist die Ohnmacht der Militärgewalt dargetan und die Regierungen werden fortan durch die Macht der Tatsache bestimmt sein, ihre gegenseitigen Streitigkeiten durch vernünftige Mittel zu schlichten.

Wie dieser bedeutsame Kampf schließlich ausgehen wird, vermag zur Stunde noch niemand zu sagen; aber das eine weiß man bestimmt, daß der Militarismus die vierzehn Wochen umsonst gewütet hat. Die gepanzerte Macht war bis jetzt ohnmächtig. Zu der Geringsfügigkeit seines praktischen Erfolges fügt sich eine beträchtliche Einbuße an moralischem Kredit. Er ist von seinem Ziele noch ebenso weit entfernt, wie am ersten Tag.

Der französische Militarismus führt diesen seinen Krieg gegen deutsches Volk, dessen Vortrupp sozialistische Arbeiter bilden. Deren Beharrlichkeit im Widerstand wird von der Überzeugung geträgt, daß sie nicht bloß für sich, sondern für die Sache des gesamten Proletariats ringen. Sie haben von jeher ihre Freiheit, Selbstbestimmungsrecht und Demokratie gegen ihren eigenen Militarismus und gegen ihr eigenes Ausbeutertum verteidigt und sind darin nicht erfolglos geblieben; sie verteidigen jetzt ihre Freiheit, Selbstbestimmungsrecht und Demokratie gegen einen fremden Militarismus und ein französisches Ausbeutertum und hoffen, auch diesmal nicht erfolglos zu bleiben. Sie dürfen nicht unterliegen, wenn das Weltproletariat nicht einen herben Schlag erleiden soll. Gelänge es, den Widerstand der Ruhrarbeiter zu brechen, dann würden sie mit dem Bajonett in die Siele getrieben, zu Fronddienst gezwungen, ihr Lohn noch mehr gekürzt werden, was nichts anders bedeutet, als daß es in Deutschland mit den proletarischen Ertragsverhältnissen wie dem Achtstundentag, dem Mitbestimmungsrecht im Betriebe, der Erwerbslosenunterstützung und manchem ähnlichen zu Ende wäre. Damit würde aber auch die Erhaltung oder Einführung solcher Ertragsverhältnisse in den andern Ländern schwer, nein unmöglich werden. Mit der Unterjochung der deutschen Kern- und Kampftruppe rückt die Unterjochung der Arbeitererschaft jenseits der Grenzen ein beängstigendes Stück näher. Die an der Ruhr betätigte Militärgewalt wird, wenn sie da siegreich, bald anderwärts versucht werden. Was die deutsche Arbeitererschaft erlitten, wird ihre Klassengenossenschaft im Auslande über kurz oder lang gleichfalls zu erleiden haben. Die proletarische Niederlage an der Ruhr muß für das Proletariat allerwärts Schwierigkeiten, Angriffe, Kämpfe und Niederlagen gebären.

Somit ist der Widerstand an der Ruhr eine höchst internationale Angelegenheit. Dort wird letzten Endes um die Sache der proletarischen Internationalen gerungen. Diese steht im Kampfe mit dem französischen Militarismus. Und sie ringt oder unterliegt mit der Ruhrarbeitererschaft. Um ihre ureigensten Belange, ja um ihre Zukunft wird jetzt gewürfelt.

Diese handgreifliche Tatsache scheint indessen in Stamm und Spitze des ausländischen Proletariats noch nicht genügend klar erkannt zu sein. Jedemfalls noch nicht genügend beherzigt, ansonsten sich jenseits der Grenze mehr Tatbereitschaft zeigen müßte. Gewiß hat die gewerkschaftlich-sozialistische Internationale seit der Ruhrbesetzung eine weltweite Aufklärungsarbeit geleistet, hat sie Herzen und Köpfe gegen die Geißel der Menschheit aufgerüttelt

und den Drang nach friedlicher Verständigung der Völker nachhaltig gestärkt. Ihrer propagandistischen Unermüdsamkeit ist es vornehmlich zu verdanken, daß weit über die Arbeiterklasse hinaus die an der Ruhr betätigte Deutepolitik verdammt wird. Allein, Stimmung und Gesinnung zeigen noch beängstigend wenig Neigung zu entsprechender Tat. Mangel an Tatwillen allenthalben. Viel zu gering die Entschlossenheit, die Machtmittel des Proletariats in diesem geschichtlichen Ringen einzusetzen. Eine Mißlichkeit, die zu befeitigen nicht ernst genug gestrebt werden kann.

Die Maifeier hat sich von aller Anfang an als eine vorzügliche Gelegenheit zur Belebung der proletarischen Kampfeslust erwiesen. Eine Betrachtung der Maifeierbewegung bezeugt es. Wie entmutigend klein waren die Fähnlein, die vor sechs, vor fünf, vor vier Jahren dem Rufe der Maifestglocken folgten! Nur zehlarne Haufen wagten es damals, einen einzigen Tag frei zu sein. Die überwältigende Mehrzahl der Arbeiter feierte die kirchlichen, militärischen und fürstlichen Festtage, so wie es ihr die herrschende Klasse zu bestimmen beliebte. Den Maifeiertag der Arbeit zu feiern, dazu fehlte den meisten der Mut, vielleicht auch das Verständnis. So konnte die herrschende Klasse gegen die kleine Schar, die weiter blickte und höher wollte, ungehemmt wüten. Am Tage nach dem ersten Mai regnete es Entlassungen, die Schreiber der schwarzen Listen machten Überstunden, die Landstraßen bevölkerten sich mit gemahregelten Arbeitern. Mit dem Unternehmertum vereinigte sich die Staatsmacht zu gleichem Tun. Die Polizei spürte nach Missetaten der maifeiernden Proletarier, eine dienstbeflissene Justiz verfertigte Anklagen. Die bürgerliche Presse lieferte, freiwillig oder auf Bestellung, die Begründung für die Maßregelungen und Verfolgungen, ein Spießertum, ebenso dumm wie feig, stellte die Applausübun.

Das war vor zwei, drei Jahrzehnten. Seitdem hat sich, gottlob, vieles gewandelt. Vor der Macht des Maigedankens ist das Chinesentum in Fabrikkontor und Amtsstube immer mehr gewichen. Nicht mehr bloß Tausende, sondern Millionen verlassen beim Klange der Maifestglocke die muffige, ratternde Stühle. In manchen Ländern ist der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag geworden. Und einige seiner wichtigsten Forderungen, wie der Achtstundentag, die politische Gleichberechtigung und wesentliche Teile des Arbeiterrechtes sind heute Gemeingut fast der gesamten zivilisierten Welt.

Wie prächtig auch der Fortschritt ist, die alte Maiforderung nach Beilegung des Militarismus und Sicherung des Völkerfriedens bleibt noch zu erfüllen. Die uniformierte Bestie zieht aus dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft ihre Nahrung. Solange der Nährmutter der Lebensodem nicht abgedreht ist, wird die Brut weiter leben und mordern, die Menschheit nie vor einem Blutbad sicher sein. Diesem Ubel ist mit bloßer Rede und Verdammung nicht beizukommen. Kluge, beharrliche Tat ist vonnöten. An dem Willen zur Tat gebriert es, wie die Haltung der meisten Glieder der Internationale im Ruhrkrieg bezeugt, in argem Maße. Diesen Willen zu schaffen und zu stärken, die Tatmöglichkeiten zu verkünden und auf ihre Ausübung zu drängen, die Schicksalsverbundenheit der Arbeitererschaft aller Länder tief, unverwundbar in die proletarische Seele zu hämmern, das sollte fortan das oberste Gebot des 1. Mai sein.

Zum vierunddreißigsten Male klingen die Maifestglocken. Sie mahnen ernst, dringlicher denn je, die Kämpferreihe zu schließen mehr, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu vertiefen, den Willen zu gemeinschaftlicher Tat zu stärken und zu betätigen. Ohne einheitlichen und unwiderrstlichen Tatwillen aller Glieder der proletarischen Weltfamilie und Anwendung ihrer Kampfsmittel ist die Aussicht verzweifeln gering, die heiße Sehnsucht der arbeitenden Menschheit: Befreiung von Militarismus und Krieg, zu erfüllen.

So laßt uns fortan am 1. Mai die Notwendigkeit größeren Tatwillens verkünden. Laßt ihn uns gleich befunden durch einmütige Arbeitsruhe am Hochfest des Proletariats. Laßt uns an diesem Festtag Freunde werden, die Kräfte mehr, den Kampfesgeist stärken für unsere sozialistische Sache, damit endlich der herzerstarrenden kapitalistischen Nacht ein herzerwärmender Tag folgt.

Der neue Marktsturz

Seit einiger Zeit tauchten an der Börse Gerüchte auf, daß in der allerersten Zeit mit einer neuen Verschlechterung der Markt zu rechnen sei. Trotzdem anzunehmen war, daß diese Ausschreitungen von der Spekulation genährt wurden, die von vornherein der ganzen Aktion feindselig gegenüberstand, nahm die Börse die Gerüchte in den letzten Tagen ernst. Währungsreife wies darauf hin, daß die Reichsbank für die Stützungsaktion bereits sehr erhebliche Mittel aufgewendet und bei der neu einsetzenden Aufwärtsbewegung des Dollars so starke Opfer gebracht habe, daß man die Widerstandskraft der Reichsbank bezweifelte. Kundige schätzen die Aufwendungen der letzten Tage zur Stützung der Markt auf etwa 2 Millionen englische Pfund, das heißt auf 40 Millionen Goldmark. Aus diesem Grunde hat die Spekulation außerordentlich gedrängt und wenn wir der offiziellen Erklärung Glauben schenken dürfen, hat die Reichsbank sich entschlossen, der Spekulation Raum zu geben, um im gegebenen Augenblick mit starker Hand entscheidend einzugreifen. Es steht also fest, daß die Spekulation noch immer einen entscheidenden Einfluß auf den Stand des deutschen Geldes hat. Es läßt sich, daß die Stützungsaktion eine Halbheit bleibt, wenn sie sich so wenig gegen Rückschläge sichert, wie das die Regierung getan hat. Wir haben bei der Betrachtung der Stützungsaktion immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß sie nur Erfolg haben kann, wenn das Eingreifen der Reichsbank die Devisenspekulation und damit die Erziehung einer Devisenzentrale beschränkt.

Durch das jämmerliche Ergebnis der Goldanleihe muß die Regierung erkannt haben, daß der Markt nicht freiwillig opfert, und durch die Ausschreitungen der Spekulation muß sie erfahren haben, daß wirtschaftsschädliche Handlungen so lange vorkommen, so lange man die Spekulation nicht daran hindert. Wenn deshalb die Reichspolitik des Widerstandes mit Sinn fortgesetzt werden soll, müssen beschleunigt alle Mittel ergriffen werden, um die Markt zu stützen. Auch während des Abwehrkampfes an der Ruhr handeln große Kreise des Besitzes nach den Gesetzen des Profits.

Man hat aber seit Wochen noch eine andere Deutung gehört, daß man nämlich auch in fährlichen Kreisen der Wirtschaft aus Gründen der Abwärtstendenz und der krisenhaften Erscheinungen in der Wirtschaft mit dem gegenwärtigen Marktstand nicht einverstanden sei und eine Voderung verlangte. Vielleicht wird deshalb in der Deutung des jetzigen Marktsturzes als zweite hauptsächliche Ursache auf den natürlichen Bedarf der Industrie an Devisen aufmerksam gemacht. Es besteht gar kein Zweifel, daß die Industrie in großem Umfang auf ausländische Rohstoffe angewiesen ist. Es sei allein darauf verwiesen, daß die englischen Kohlenlieferungen, die eine Zeitlang gestundet worden sind, doch einmal bezahlt werden müssen. Und die Anzeichen sind auch dafür vorhanden, daß der Deviseneinkauf der Industrie in der letzten Zeit in größerem Umfang erfolgt ist, als maßgebende Stellen das wünschen. Man darf also den Marktsturz nicht allein auf das Konto der Spekulation schreiben.

Wenn nun aus diesen beiden Ursachen die Reichsbank gezwungen war, vorübergehend — und wenn man der offiziellen Erklärung glauben darf, mit schlanen Absichten auf eine weitere Besserung der Markt — den Dollar steigen zu lassen, so ist die Frage in diesem Augenblick besonders dringend, ob alles getan wurde, um das zu vermeiden. Wir haben gegenüber der Stützungsaktion das schwere Bedenken gehabt, daß sie sich einzeln auf das Interbenieren (Eingreifen) verläßt und nicht zu einer zureichenden Regelung des Marktes übergeht, die unvermeidlich geworden ist. Die Käufe in fremden Devisen wurden in den letzten Tagen verstärkt durch die Furcht vor einer Zentralisierung des Devisenverkehrs. Die Spekulation würde sich nicht fürchten, wenn dieser Schritt erfolgreich wäre. Die Devisenknappheit der Reichsbank erklärt sich zum Teil auch aus dem außerordentlich beschränkten Eingang von Exportdevisen bei der Reichsbank. Die Devisenabgaben sind in allen Außenhandelsstellen beschränkt worden und unter offenkundiger Unterstützung des Reichswirtschaftsministeriums wird mit Hochdruck an der Aufhebung der Ausfuhrkontrolle überhaupt gearbeitet. Sieht zwischen der Absicht des Reichswirtschaftsministers, die Stützungsaktion fortzusetzen, und der Voderung der Ausfuhrkontrolle nicht ein klaffender Widerspruch? Nicht nur an diesem einzelnen Falle, sondern auch auf anderen Gebieten läßt sich nachweisen, daß eine tatsächliche Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Voraussetzung der Stützungsaktion ist.

Wenn die Reichsregierung den passiven Widerstand anspricht erhalten will, muß sie ihn auch im Hinterland bestärken. Es wäre eine schwere Gefahr, wenn jetzt die Preise dem neuen Dollarstand folgten, nachdem sie sich nicht in ausreichendem Maße bei der Marktbesserung gezeigt hatten. Schon verschwinden die Bestände in den Läden, die Händler wollen die vollen Preise erzielen, die ihnen bei den „neuen Sendungen“ berechtigt erscheinen. Soll dieser Unmut von neuem möglich sein?

Der Krieg

Wäre ein in seinem Joch ungenügend gekleideter Künstler, so jagte das Genie eines Kriegerführers, gab einmal einigen Abgesandten der Friedensgesellschaft folgende jehomane Antwort:
 „Der Krieg ist heilig und eine göttliche Einrichtung. Er gehört zu einem der heiligsten Tugenden; er hält in den Menschen alle großen und edlen Gefühle lebendig und regt die Ehre, die Unabhängigkeit, die Tapferkeit. Mit einem Worte: er verleiht sie, im körperlichen Materialismus zu verfallen.“
 „Wie: sich in Herden von 40 000 Roma waffnen, Tag und Nacht maršieren, ohne sich auszurufen, um nichts denken, nichts denken, nichts lernen, nichts lesen, im Schwanz verkommen, im Dreck schlafen, kumpelhaftig wie das liebe Vieh keine Tage verbringen, Städte zerstören und Dörfer niederbrennen, die Wälder zugrunde richten und schließlich einem anderen Menschenleben begegnen, sich auf ihn stürzen, immer wieder ein neues Malheur erdulden, Erenen mit geschlehten, blutigen, beschwundenen Menschenleben fällen, Dinge von Erden aufhürnen, zum Krampel werden, sich dem Schicksal hingeben lassen ohne einen für irgend jemanden, und schließlich am Feldrand verrecken, während die alten Eltern, die Frau und die Kinder Hungerstehen: das alles nennt man „nicht in den körperlichen Materialismus verfallen.“
 Die Kriege sind die Geheulen der Menschheit. Wir führen einen Kampf gegen die Natur, gegen die Unwissenheit, gegen Hunger, gegen die Unfähigkeit der Menschheit, das Leben weniger hart zu machen. Unfähigkeit, die Menschheit der Menschheit, Geheulen weihen sie Leben der Menschheit, um ihnen Widerstand zu leisten, um ihnen beizustehen und das Leben zu erleichtern. Mit einer weichen Stimme geben sie sich über Arbeit hin, wägen Gedanken auf Gedanken.

„Drucken und drücken“, wie die Börse in einem Wigwag die Erhaltungspolitik der Reichsbank bezeichnet hat, genügt nicht, um den Stand der Markt zu sichern. Deshalb ist der neue Marktsturz eine erneute Mahnung, es nicht bei einer vereinzelt Maßnahme zu belassen, sondern mit allem Nachdruck dazu überzugehen, finanzpolitisch, steuerlich und wirtschaftspolitisch die Maßnahmen zu ergreifen, die jetzt notwendig sind. Freilich, wenn der Reichswirtschaftsminister am Grundlag der freien Wirtschaft auf allen Gebieten festhält, wird seine Stützungsaktion erfolglos bleiben. Dr. G.

Gefährlicher Stand der Bauitätigkeit

In unserer Zeit der politischen Hochspannung bleibt ein Umstand ziemlich unbeachtet, der geeignet ist, größte Bedeutung für unsere Wirtschaft in aller nächster Zukunft zu erlangen. Es handelt sich um das Ausbleiben jeglicher Unternehmungslust am Baumarkt. In den beiden vorangegangenen Jahren lag zwar der Wohnungsbau auch schon darnieder, es wurde aber hier und da von Siedlungsvereinigungen, industriellen Unternehmungen und Banken doch wenigstens einiges gebaut. Während des Winters ist aber die Geldentwertung so ungeheuer rasch fortgeschritten, daß mit Beginn der diesjährigen Waison neue Pläne so gut wie gar nicht in Angriff genommen werden konnten. Einige Geschäfts- und Industriebauten aus dem vorigen Jahre werden noch vollendet, im übrigen ruht alles. Die Hoffnungen, die man auf die Wohnungsbauabgabe gesetzt hatte, werden nach amtlichen Mitteilungen größtenteils unerfüllt bleiben. Was von dieser Abgabe nicht durch einen umständlichen bürokratischen Apparat schon ausgeführt wird, reißt in den meisten Städten gerade hin, um bauwürdige Häuser durch Reparaturen in einigermaßen bewohnbarem Zustand zu erhalten und die infolge der Geldentwertung festgebliebenen Aufstellungen und bergleichen durch öffentlichen Zuschuß zu Ende zu führen. Für wirkliche Neubauten bleibt höchstens ein Drittel der Abgabe verfügbar, wobei zu bedenken ist, daß heute die Herstellung eines einfachen Zimmers bei größter Einschränkung einen Aufwand von zwei bis drei Millionen Mark erfordert. Wo bleiben also die Hunderttausende von Zimmern, die man mit Hilfe der Wohnungsbauabgabe herzustellen hoffte? Die Sache liegt hier ähnlich wie bei der Steuereintreibung. Die Wohnungen nicht steigt infolge dessen weiter in erschreckender Weise. In einer Zeit, wo Deutschland nicht mehr auf eine starke Ausfuhr und eine Valutakonjunktur rechnen kann, wäre eine Belebung der Bauitätigkeit ein wahrer Segen für die gesamte Wirtschaft. Schon in der Vorriegezeit war das Fehlen von ausschlaggebender Bedeutung für die Gesamtlage der Wirtschaft. Alle Zweige der Bauindustrie, der Eisen- und Holzmarkt, das Holzgewerbe und zahllose andere Branchen werden weitgehend von der Belebung der Bauitätigkeit erfaßt. Der jetzige Stillstand wird in den Sommermonaten ganz wesentlich zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beitragen. Das Reich, die Länder und die Gemeinden sollten dieser Frage in letzter Stunde ernste Aufmerksamkeit widmen und höchenigst Stimmen bereit stellen, um noch in dieser Saison größere Wohnungsbauten zu beginnen. Eine bessere Verwendung des Papiergeldes ist kaum denkbar. Es kommt jetzt nicht wirklich darauf an, ob für diesen Zweck noch einige hundert Milliarden Noten gedruckt werden. Versäumt man den rechten Augenblick, so wird man im Hochsommer und Herbst vielleicht viel größere Summen für Erwerblosigkeiten unterstützungen ausgeben müssen. Nur rasches Zugreifen kann hier im letzten Moment noch Abhilfe schaffen. Es handelt sich um eine wirtschafts- und sozialpolitische Aufgabe von ungeheurer Tragweite.

Minderung der deutschen Lebenshaltung

Ein jeder spürt am eigenen Leibe, wie die hochwertigen Lebensmittel zu Luxuswaren geworden sind. In den Berechnungen des Verbrauchswichtiger Nahrungsmittel kommt diese Tatsache noch stärker zum Ausdruck. Vor dem Kriege wurden je Kopf der Bevölkerung 2,49 kg Eier eingeführt. 1922 hatten wir einen Überschub der Ausfuhr über die Einfuhr an Eiern. Der Einfuhrüberschub von Butter ist von 0,8 auf 0,01 kg, also den 80. Teil gesunken. Die Einfuhr von lebendem Vieh ist auf weniger als ein Fünftel zurückgegangen. Kaufunfähig infolge des Niederganges der Markt, war das deutsche Volk außerstande, seine Fleischversorgung durch Zuführen aus dem Ausland zu ergänzen.
 Dem entspricht auch die Fleischversorgung, wenn man sie nach dem Schlachtgewicht der beschauwürdigen Schlachtungen vor und nach dem Krieg berechnet. Es kamen da im Bereich der neuen Reichsgrenzen folgende Fleischmengen in den Verbrauch:

	1913	1921	1922
Rindfleisch . . .	3045930 dz	6136608 dz	6538610 dz
Schafffleisch . . .	1431014 -	1212267 -	1251038 -
Schweinefleisch . . .	13919211 -	5661552 -	5740800 -
Gammasfleisch . . .	432716 -	460319 -	383269 -
Zusammen	29678871 dz	13473716 dz	18769807 dz

Gegenüber dem Jahre 1913 ergibt sich somit im Jahre 1922 insgesamt ein Ausschlag von 10 109 064 Doppelzentner oder 42 v. H. der Fleischmengenverbrauch aus Einfuhrüberschub, hauptsächlich aus anderen Schlachtungen betrug in Preußen auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1921 nur noch 33,1 kg gegen 49 kg im Jahre 1913 und weist damit eine Abnahme um 15,9 kg oder 32,5 v. H. auf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Anteil des Fleischverbrauchs auf dem Lande gegen die Zeit vor dem Kriege wesentlich gestiegen ist. In den Städten wird überwiegend Arbeiterbevölkerung dürfte demnach der Fleischverbrauch auf weniger als die Hälfte gesunken sein.
 Auch der Verbrauch an Mehl ist wesentlich zurückgegangen. Das deutsche Volk verbrauchte in 1921 im Vergleich zur Vorriegezeit 27 v. H. oder über ein Drittel weniger als in 1913/14 des wichtigsten Nahrungsmittels, des Brotes. Noch ungenügender ist das Bild bei Kartoffeln, deren Verbrauch von 1913 auf 1921/22 sogar um 51 v. H. zurückgegangen ist.

entwischen den Kreis des menschlichen Geistes, bereichern die Wissenschaft und führen der menschlichen Intelligenz täglich eine Summe neuer Wissen zu und spenden ihnen Salzlände mit jedem Tage Wohlstand, Schagen, neue Kräfte.
 Da kommt der Krieg. Wirnen sechs Monaten haben die Generale vernichtet, was menschliche Arbeit, die Geduld, das Genie in zwanzig Jahren aufgerichtet haben.
 Und alles das heißt „nicht in den körperlichen Materialismus verfallen.“
 Wir haben gesehen, was Krieg heißt. Wir haben erlebt, wie die Menschen zum wilden Vieh wurden, wie sie zum Vergnügen, aus Angst, aus Ungehör oder aus Prahlerei töteten. Wir haben erlebt, daß Menschen einen Kopf und Gesicht aufgehoben, jeder Begriff von Recht und Menschlichkeit verdrängt war, Ungehörigkeit füllte am Bege aufgeblüht werden, die verächtlich waren, weil sie Recht gezeigt hatten.
 Wir haben erlebt, daß man Hunde tötete, die an der Türe ihres Herrn spekuliert waren, nur um neue Skizzen an ihnen zu verfeinern; wir haben gesehen, wie man friedlich schlafende Röhre auf der Weibe niedergeschmetzelt hat, nur zum Spaß, ohne jeden Grund, nur um das Gesicht zu über und etwas zum Lachen zu haben.
 Und das nennt man „nicht in den körperlichen Materialismus verfallen.“
 In ein Land einbringen, den Mann, der kein Gott verteidigt, umbringen, weil er eine Waise trägt und keine Krone auf dem Kopfe, die Gewandtheit der Armut anzunehmen, die kein Brot mehr haben, jemand geschlagen oder gefesselt, der Wein aus dem Keller austreten, fressen, denn man auf der Straße begegnet, vergetrockneten, die man nicht verbrennen und nicht mit Schoten parfümieren: das alles nennt man „nicht in den körperlichen Materialismus verfallen.“

Unsere Arbeitslage im 1. Vierteljahr 1923

Über die Beschäftigungslage und Arbeitslosigkeit Ende März haben von 625 gezählten Verwaltungen mit 1 636 099 Mitgliedern 601 Verwaltungen mit 1 399 427 Mitgliedern rechtzeitig Berichte eingeleitet, während von 124 Verwaltungen mit 236 672 Mitgliedern Berichte zu spät oder gar nicht eingingen. Werden in den letzteren Verwaltungen die Zahlen von früheren Berichten zugrunde gelegt, so ergeben sich 32 982 Betriebe mit 2 481 186 Arbeitern, wovon nach den vorliegenden Berichten 28 761 Betriebe mit 2 129 644 Arbeitern erfasst wurden. Von diesen waren 25 614 Betriebe mit 1 832 164 Arbeitern voll beschäftigt, 3030 Betriebe mit 293 088 Arbeitern arbeiteten verfürzt und 117 Betriebe mit 4392 Arbeitern befanden sich im Streit.
 Der Stand der Kurzarbeit im verfloffenen Vierteljahr geht aus den nachstehenden Aufstellungen hervor:

	27. Januar		24. Februar		31. März	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Vollbeschäftigt . . .	97,95	97,96	96,63	95,58	89,06	86,03
Kurzarbeiter . . .	2,05	2,01	3,37	4,42	10,93	13,76
Im Streit . . .	0,00	0,00	0,00	0,00	0,41	0,21
Zusammen	100	100	100	100	100	100

Der Umfang der verkürzten Arbeitszeit ist aus der folgenden Aufstellung ersichtlich:

Stunden	27. Januar		24. Februar		31. März	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
1 bis 8 . . .	226,40	16521,88	219,27	20981,24	659,18	54819,16
9 - 16 . . .	89,15	9800,22	185,23	14968,17	920,30	94487,82
17 - 24 . . .	193,95	14540,34	291,37	24453,28	1249,41	106510,80
25 u. mehr . . .	44,79	2149,62	89,11	26437,30	808,10	37298,12
Zusammen	554,29	42650,06	784,98	66118,01	3636,99	248083,68

Während sich in den vorhergehenden Monaten eine stetig aber langsam steigende Verschlechterung der Arbeitslage bemerkbar machte, ist im Monat März eine fast sprunghafte Verschlechterung eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen ist gegen den Vormonat von 1,68 auf 2,30 v. H. der berichtenden Mitgliederzahl gestiegen, während die Zahl der Kurzarbeiter um mehr als das Dreifache gestiegen ist. Die volle Beschäftigung war im Juni vorigen Jahres zu verzeichnen, wo in den berichtenden Verwaltungen die Zahl der Arbeitslosen nur 0,21 v. H. der Mitglieder, die Zahl der Kurzarbeiter nur 0,05 v. H. der beschäftigten Arbeiter betrug.

Die nachstehenden Aufstellungen zeigen die Verschlechterung der Arbeitslage des letzten Halbjahres. Es waren in den berichtenden Verwaltungen die am letzten Arbeitstage der letzten Arbeitswoche des Monats arbeitslos:

	männlich		weiblich		zusammen	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
28. Oktober 1922 . . .	6588	0,51	1120	0,65	7708	0,58
25. November 1922 . . .	7868	0,62	1490	0,78	9289	0,64
30. Dezember 1922 . . .	10181	0,75	2122	1,11	12263	0,80
27. Januar 1923 . . .	14817	1,21	3029	1,58	17846	1,29
24. Februar 1923 . . .	18009	1,62	3187	2,11	21446	1,68
31. März 1923 . . .	27898	2,27	4794	2,47	32192	2,30

Verfürzt arbeiteten:

	Betriebe		Arbeiter	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.
28. Oktober 1922 . . .	206	0,57	24250	1,12
26. November 1922 . . .	287	0,90	81918	1,49
30. Dezember 1922 . . .	619	1,05	81295	1,82
27. Januar 1923 . . .	568	2,05	42650	2,04
24. Februar 1923 . . .	784	3,37	86189	4,42
31. März 1923 . . .	3030	10,93	293088	13,76

Für Unterstützung an Arbeitslose wurden im 1. Vierteljahr für 963 361 Tage über 162 Millionen (162 347 403) Mark ausbezahlt.

Neue Roheisenpreise

Nachdem die Preise für Roheisen dem Stande der Valuta entsprechend im Monat März stabil geblieben waren, ist nunmehr durch Beschluß des Roheisenausschusses des Eisenwerkverbundes vom 5. April eine Preisherabsetzung mit Wirkung vom 1. April beschlossen worden von 32 000 bis 64 000 M pro Tonne.

Durch die Verbilligung der Kohle senkte sich der Kohlepreis um 11 726 M pro Tonne, was auf die erzeugte Tonne Roheisen 17 000 bis 18 500 M ausmacht.

Zuländische Erzeugnisse fielen im Preis für Roheisen um 13 434 M und für Roheisen um 10 333 M, wodurch das daraus ablassende Roheisen um 21 000 bis 30 000 M verbilligt wird. Außerdem wurden die Schmelzkosten um 15 000 M pro Tonne herabgesetzt.

Danach stellen sich die Preise für:

	April	März
Hamatit	646300	678300
Cu.-a.-Stahleisen	646300	678300
Gießerei-Roheisen I	618300	646300
Gießerei-Roheisen III	618300	646300
Stegländer Stahleisen	848700	898700
Spiegelisen	939800	1009800
Luxemburger Gießerei Roheisen	608300	695300
Zemperroheisen	646300	678300
Ferro-Silicium	871900	915900
Ferro-Mangan	1274300	1308000

Eine Verwertung der Gießungskosten durch die Ruhrbelegung wurde nicht in Anrechnung gebracht. Den Käufern, die nur auf die Verbilligung von englischem Roheisen angewiesen sind, können unter Nachprüfung der hierdurch entstandenen höheren Selbstkosten durch den Reichskommissar Ausnahmepreise bewilligt werden. S. G.

Was haben denn die Militärs getan, um auch nur im geringsten Maße ihre Verantwortung zu beweisen? Nichts! Was haben sie erfunden? Nichts als Konventionen und Gewehre. Und damit ist es Schluss.
 Hat der Erfinder des Stofkarens durch den einfachen und praktischen Zufall, ein Rad mit zwei Stäben zu verbinden, für die Menschheit nicht viel mehr getan als der Erfinder unserer modernen Fechtwerke?
 Was hat uns Griechenland hinterlassen? Wälder und Denkmäler. Warum keine Größe auf militärischen Siegen oder auf kulturellen Ererungenschaften?
 Hat Napoleon I. die große von den Philosophen des 18. Jahrhunderts angeleitete intellektuelle Bewegung fortgeführt?
 Wohl! Wenn die Regierenden das Recht haben, über Leben und Tod der Völker bis weilen über die Regierenden das Recht verhängen.
 Die Völker verteidigen sich. Sie haben recht. Niemand hat ein unbefugtes Recht, über andere zu herrschen. Man regiert, um dem Wohl der Untertanen zu dienen. So wie ein Schiffskapitän die Pflicht hat, einen Schiffbruch zu vermeiden, so liegt auch in demselben Maße jedem Regierenden die Pflicht ob, den Krieg zu vermeiden.
 Wenn ein Schiffskapitän sein Schiff verloren hat, so wird er vor Gericht gezogen und verurteilt, wenn er der Nachlässigkeit oder sogar der Unfähigkeit überführt wird.
 Warum sollte man nicht nach jedem ausgebrochenen Kriege die Regierungen vor Gericht ziehen? Denn die Völker das verfechten und sich zu Richtern ihrer mörderischen Regierungen aufzurufen würden, wenn sie sich weigern würden, sich jammern töten zu lassen und ihre Waffen gegen jene wenden würden, von denen sie für sich Regeln bekommen haben, denn wäre dem Kriege ein Ende gemacht...
 Guy de Maupassant.

Für die gewerkschaftliche Einheit

Von einem Verbandskollegen wird uns geschrieben:
Als von der Kommunistischen Partei die Parole zu dem Reichsbetriebsräte-Kongress herausgegeben wurde, bildete man an allen Orten Fünfschneer-Ausschüsse, die versuchten, sich ein Wirkungsfeld zu schaffen, das dem der Ortsausschüsse des Gewerkschaftsbundes gleicht, was schon daraus hervorgeht, daß diese Ausschüsse ständig alle Gewerkschafter zur Teilnahme an den Veranstaltungen der KPD aufrufen. Außerdem werden durch diese Ausschüsse an manchen Orten fortgesetzt Betriebsräte-Vollversammlungen einberufen. Waren diese Betriebsräte-Vollversammlungen auch gerade nicht sehr voll, so darf man doch an der Tatsache ihres Stattfindens nicht achtlos vorbeigehen; denn diese Betriebsräte-Vollversammlungen, einberufen durch Fünfschneer-, Neuner- oder Dreißigszwanziger-Ausschüsse, bereiten auch die Frankfurter Internationale Konferenz der Kommunisten und ihre Besichtigung vor. Der Aufruf, der zur Teilnahme an dieser Konferenz anforderte, war insofern bemerkenswert, als er allgemein von kommunistischen Gewerkschaften Deutschlands sprach, weil er nämlich die Einladung an die kommunistische Partei und an deutsche Gewerkschaften in einem Atemzuge ergehen ließ.

Als besonders eingeladene Körperschaft wird auch in diesem Aufruf der Reichsausschuß der Betriebsräte genannt, eine Körperschaft, die wohl neben der Berliner Zentrale der Moskauer als maßgebende Stelle in Betracht kommt. Aber nicht nur, daß man sich einen Reichsausschuß für die Betriebsräte geschaffen hat, man ist auch sonst bemüht, die kommunistisch gewonnenen Mitglieder einzelner Gewerkschaften oder einzelner Gewerkschaftsgruppen zentral über das ganze Reich zusammenzufassen. So fand am 11. März in Hamburg eine Sitzung der Reichsleitung der Seeschiffswerften statt. Eine Kommission hat den Auftrag, die internationale Verbrüderung der Werftarbeiter vorzubereiten. Wenn die KPD ihre gewerkschaftlichen Fraktionsvorstände einberuft, wird in ihrer Zeitung ausdrücklich bekannt gegeben, daß diese Veranstaltung eine außerordentliche Parteiveranstaltung ist, die gegenüber allen anderen Parteiarbeiten den Vorrang genießt. Die Zusammenkunft der kommunistischen Fraktionsvorstände faßt Weichblum über die einzuführende Taktik innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, mißt sich also dieselben Rechte an wie die von den jahresgemäßen Ortsausschüssen des ADGB einberufene Sitzung der Gewerkschaftsvorstände. In den kommunistischen Fraktionsvorständen sind alle Posten vorhanden, auch das Amt eines Kassierers. Das Vorhandensein des Kassierers läßt darauf schließen, daß hier besondere Geldmittel verwandt werden müssen, eine Annahme, die weiter dadurch bestärkt wird, daß von den örtlichen Zentralen der KPD besondere Gewerkschaftsmarken im Werte von 50 Mk. bis 100 Mk. an die kommunistisch gewonnenen Gewerkschaftsmitglieder verkauft werden.

Man könnte noch mit verschiedenen Beispielen den Beweis führen, daß durch die kommunistische Partei viele organisch aneinandergerückte Gewerkschaftsinstanzen geschaffen worden sind, so daß man mit vollem Recht von einer besonderen Gewerkschaftsbewegung sprechen kann. Diese Instanzen sind wohl nur geschaffen, um den Aufbau einer kommunistischen Gewerkschaftsrichtung, das heißt also, die Lösung der Kommunisten von den freien Gewerkschaften vorzubereiten. Zu einer besonderen Gewerkschaft der Ausgeschlossenen hat man es ja schon gebracht. Diese Gewerkschaft nimmt die auf, die aus der freien Gewerkschaft ausgeschlossen sind, weil sie Kommunisten sind! Wenn diese Leute wirklich ausgeschlossen worden wären, weil sie Kommunisten sind, so würden die zuständigen Stellen der freien Gewerkschaften wohl nicht davor zurückschrecken, ganze Arbeit zu machen und alle Kommunisten auszuschließen. Aber diese Leute sind ja nicht ausgeschlossen, weil sie Kommunisten sind, sondern weil sie sich in größtem Maße gegen die Grundzüge, Gesetzmäßigkeiten und Satzungen der freien Gewerkschaftsbewegung verhalten haben. Vielleicht soll die Gewerkschaft der Ausgeschlossenen der Ausgangspunkt einer selbständigen kommunistischen Gewerkschaftsbewegung sein.

Hervorzuheben ist, daß man jetzt dazu übergeht, an allen Orten, wo die freie Gewerkschaftsbewegung Bedeutung besitzt, einen Gewerkschaftskurs für die KPD-Leute abzuhalten. Für diesen Kurs sind sechs Abende vorgesehen. Die Entsendung von Kursteilnehmern geschieht durch das Amlageverfahren, indem man die Gesamtzahl der am Orte befindlichen Gewerkschaften zugrunde legt, dann für eine bestimmte Anzahl dieser Mitglieder einen Kursteilnehmer wählt. Soweit bekannt, ist der Leiter dieser Kurse Farwig, Berlin. Der Zweck dieser Kurse wird kaum sein, die Kommunisten in rein sachlicher Weise über die Entstehung und den Aufbau der Gewerkschaften aufzuklären, sondern man wird vielmehr die „Revolutionierung“ der Gewerkschaften hier etwas stärker betreiben wollen.

Daß von kommunistischer Seite versucht wird, rein auf ihrem politischen Boden stehende Gewerkschaften ins Leben zu rufen, ist manchem bekannt. Aber leider ist zu verzeichnen, daß Anhänger der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale glauben, es wäre am besten, die Geschichte einfach so laufen zu lassen; denn wenn die Kommunisten einen eigenen Laden aufmachen, brauchte man sich nicht mehr um sie zu kümmern. Das ist falsch! Wenn auch die zahlenmäßige Schwächung der freien Gewerkschaftsbewegung durch die Gründung rein kommunistischer Gewerkschaften kaum ins Gewicht fallen dürfte, so würde doch die dadurch hervorgerufene moralische Schwächung den Arbeitgebern den Vorteil bringen, ihren Kampf gegen die freie Gewerkschaftsbewegung erfolgreicher zu führen. Ein solcher Vorteil würde aber für alle Arbeiter, ob sie sich zur Amsterdamer oder zur Moskauer Richtung zählen, einen beträchtlichen Schaden bedeuten.

Ohne nach dem Muster der instanzfeindlichen Kommunisten noch mehr Instanzen schaffen zu wollen, ist es notwendig, in den einzelnen Betrieben und Gewerkschaften das Treiben der Kommunisten genau zu beachten und ihnen gegenüber mit aller Deutlichkeit die Grundzüge der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihre Zugehörigkeit zur Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale zu vertreten. Daß es den Kommunisten immer wieder möglich ist, trotz aller Fehlschläge die Arbeiterchaft immer wieder durch neue Parolen zu beunruhigen, hat seine Ursache nur in der Launeit und Gleichgültigkeit der Amsterdamer Kollegen, eine Gleichgültigkeit, die bei vielen aus einer Unterschätzung der kommunistischen Wählerarbeit hervorgeht.

Die Filiale der Moskauer Gewerkschaftsinternationale in Berlin mit ihren reichhaltigen Geldmitteln wird auch von der KPD ernstlich nicht geteilt. Dazu die Schaffung von Körperschaften wie der Reichsausschuß der Betriebsräte als Zentralinstanz, gleich dem ADGB, Neuner-, Dreißigzweiger- und Fünfschneer-Ausschüsse an den einzelnen Plätzen für einheitliches Wirken in den örtlichen Gewerkschaftsgruppen, die gleichzeitigen den zentralen und örtlichen Gewerkschaftsvorständen, im weiteren gewerkschaftliche Fraktionsvorstände für bestimmte Gruppen und Branchen, wiederum zentral wie örtlich. Dazu

Kassierer für den Vertrieb von eigenen Gewerkschaftsmarken und eine reiche Zahl von Funktionären, die versuchen, jede ihnen von den vorgenannten Instanzen übermittelte Parole in den freien Gewerkschaften durchzusetzen. In den Betrieben ein Treiben mit Unorganisierten, Unionisten, Synibalistischen. Wie mag man sich im Unternehmerlager angesichts solcher Treibens die Hände vor Vergnügen reiben und spannen auf die nächsten Neugründungen von Instanzen warten.

Fürwahr, wäre nicht die freie Gewerkschaftsbewegung im organischen Gewachsenen so vorbildlich gesund — so viele Giftpillen hätten ihr längst den Garauß machen müssen. Jeder, dem die Arbeiterbewegung mehr ist als ein hohles Wort, wird es sich angelegen sein lassen, anderen die Augen zu öffnen und mit ihnen den Kampf gegen die Schädiger der Einheit und Wirkungskraft der Gewerkschaftsbewegung zu führen.

Der Jubiläumskongress des ungarischen Gewerkschaftsrates

Vom 25. bis 27. März tagte der VII. ordentliche Bundeskongress der ungarischen Gewerkschaften, auf dem das 25jährige Bestehen des ungarischen Gewerkschaftsrates gefeiert wurde. Neben den 217 Delegierten (188 aus Budapest), die insgesamt 220 000 organisierte Arbeiter vertraten, wohnten auch neun Vertreter der ausländischen Gewerkschaften und des Internationalen Gewerkschaftsbundes dem Kongress bei.

Der letzte ordentliche Kongress wurde im Jahre 1917 abgehalten. Nach dem Einmarsch der Rumänen in Budapest versuchten die gegenrevolutionären Regierungen, die Gewerkschaften zu unterdrücken und ihre Mitglieder in die christlich-sozialen Gewerkschaften hineinzulocken oder hineinzuzwingen. Diese Gewaltpolitik fügte den Gewerkschaften schweren Schaden zu, der Mitgliederstand ging im Jahre 1920 auf rund 150 000 zurück. Dank der heldenhaften Haltung und Agitationsarbeit der Führer wie der Arbeiter gelang es, die zerstörten Gewerkschaften wieder aufzubauen, so daß der Mitgliederstand Ende 1922 202 956 Köpfe zählte. Ein schweres Problem für die Gewerkschaften war die Arbeitslosenfrage. Die staatliche Arbeitslosenunterstützung hörte seit dem Sieg der Gegenrevolution auf. Die Zahl der Arbeitslosen (allein der organisierten Arbeiter, eine staatliche Statistik besteht nicht) betrug im Dezember 1922 27 000, im Februar 1923 schon 37 457.

Außer diesem Bericht des Sekretärs Jazsais wurden noch Vorträge gehalten. Aus diesen ging hervor, daß, obwohl durch die Revolution für die meisten Berufe die 48-Stundenwoche durchgesetzt und, von einigen Berufen abgesehen, auch in der Folgezeit im großen und ganzen behauptet wurde, Ungarn auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung, zum Beispiel der Jugendbeschäftigung, der Kranken- und Unfallversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung usw. noch weit hinter den meisten Ländern Europas zurückgeblieben ist.

In der Frage des Arbeiterschutzes wurden folgende Forderungen erhoben: Die gesetzliche Einführung der 48-Stundenwoche für die Arbeiter in Industrie, Handel und Verkehr, die Durchführung der von der III. internationalen Arbeitskonferenz in Genf angenommenen Vorschläge und Entwürfe zu Abereinkommen über die Arbeitszeit der Landarbeiter sowie über die Regelung der Landarbeit, Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in allen Berufen, Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in ungesunden Betrieben, Vorzüge für die berufliche Ausbildung von Kriegsinvaliden und anderen Beschädigten, Mutterschutzgesetz, Verbot der Nachtarbeit, eine ununterbrochene Arbeitsruhe von 36 Stunden am Wochenende, Bau von Arbeiterwohnungen und Verbilligung der Miete für Kleinwohnungen, Erziehung von Arbeiter- und Angestelltenkammern und Ausbau der Gewerkschaftsinspektion.

In der Entscheidung zur Frage des Vereins- und Versammlungsrechtes wird gefordert:

1. die volle gesetzliche Sicherung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Bis zur Verabschiedung des Gesetzes sollen die Beschränkungen aufgehoben werden, kraft deren Ortsgruppen von Gewerkschaften, die bereits vom Minister anerkannt worden sind, nur dann errichtet werden dürfen, wenn die örtlichen Behörden sie im Interesse des Gemeinwohles für nützlich halten.

Auch die Verordnungen sollen kassiert werden, denen gemäß die Gewerkschaften für ihre Konferenzen, Vorstandssitzungen, die Veranstaltung von wissenschaftlichen Vorträgen und ähnlichen Zusammenkünften der politischen Erlaubnis bedürfen.

2. Die Vereinsfreiheit soll für die aufgelöste Organisation wiederhergestellt und die beschlagnahmten Räumlichkeiten sollen freigegeben werden.

Die verbotenen Gewerkschaftsaktivitäten sollen wieder erlaubt und ihr ungehindertes Erscheinen gesichert werden.

Den Landarbeitern, Bergarbeitern, Eisenbahnern, Straßenbahnern und anderen Verkehrsarbeitern soll das Koalitionsrecht in gleichem Maße zugesprochen werden wie den Arbeitern der anderen Industrien.

3. Die schwarzen Listen, durch die die Unternehmer die Arbeiter zum Verhungern oder zur Auswanderung zwingen, sollen verboten werden.

4. Mit dem System, die Vertrauensleute der Arbeiter, die dem Unternehmer Lohnforderungen vorlegen, zu internieren oder unter polizeiliche Aufsicht zu stellen, muß gebrochen werden. An diesen Forderungen ist zu erkennen, wie die ungarische Regierung die Grundrechte der Arbeiterbewegung mißachtet. Die Aufnahme Ungarns in den Völkerbund, dessen Mitgliedschaften an der Internationalen Arbeitsorganisation teilzunehmen und moralisch verpflichtet sind, die im Teil XIII des Versailleser Vertrages festgelegten Richtlinien zu achten, hat an dieser Willkür wenig geändert. Um so mehr Bewunderung verdient der Mut und die Festigkeit, mit der der ungarische Gewerkschaftsrat die Rechte der Arbeiter gegen die Reaktion vertritt. Zum Schluß erklärte der Kongress seine Solidarität mit den deutschen Arbeitern, die im Ruhrgebiet gegen den französischen Militarismus und Kapitalismus kämpfen, und beauftragte den Vorstand, im Interesse der Ruhrhilfe eine Sammlung einzuleiten.

Arbeiterbehandlung in Frankreich

Durch die Anwesenheit von Franzosen im besetzten Gebiet sind die deutschen Arbeiter mit dem wirklichen Geist des hochentwickelten Frankreich bekannt geworden. Zum Teil wenigstens. In seiner ganzen Schärfe würden sie ihn freilich erst kennen lernen, wenn sie dort ihr Brot suchen müßten. Sie würden dann in gesundheitlicher oder sozialpolitischer Hinsicht Zustände vorfinden, die dem deutschen Vormärz zur Schande gereichten, und eine Behandlung zu erdulden haben, wie sie bei uns vielfach üblich war, als Seine Majestät noch Landesvater war. Um zu zeigen, was den französischen Arbeiter heute noch geboten wird, seien zwei Schriftstücke in möglichst getreuer Übersetzung (mit Unterfreuzungen von uns) hierher gesetzt. Sie stammen aus der Metallindustrie, sind aber auch in anderen Gewerkschaften in Gebrauch. Zuerst ein Aufnahmegesuch, das folgenden Wortlaut hat:

Aufnahmegesuch für die Werkstätten der Firma...
Name und Vorname... Beruf... Adresse... Geboren am...
zu... Nationalität... Verheiratet... Kinder... (Geburtsort).
Die fünf letzten Stellen anführen. Bei Herrn... Adresse... eingetreten am... abgegangen am... als (Beruf). Falls Unterbrechung der Arbeit, Grund angeben...
Wenig verdienten Sie die Stunde (Grundlohn)?
Können Sie einen Auszug aus Ihrem Strafregister liefern?
Waren Sie mobilisiert? Für die Armee? Bei welchem Truppenteil?
Wie lange? Sind Sie Kriegsverwundeter, Verwundeter oder Zurückgekehrter?
Können Sie jemand vom Personal der Firma? Namen angeben.
Empfohlen von... Welche Stellung wünschen Sie?
Paris, den...
Unterschrift des Arbeiters.

Nachdem der Bogen, wie vorgeschrieben, ausgefüllt, muß er einem Angestellten der Firma übergeben werden. Der Geschäftsführer wird dann vorgeladen oder auch nicht. Im Falle einer Vorladung hat er sich einer Prüfung zu unterziehen, das heißt, er muß seine fachlichen Fähigkeiten an einem gegebenen Arbeitsfeld beweisen. Fällt die Prüfung günstig aus, wird ihm folgender Vertrag vorgelegt:

Der Unterzeichnete anerkennt und erklärt:
1. Kenntnis genommen zu haben von der allgemeinen Arbeitsordnung, wie sie in den Werkstätten angehängt ist. Er anerkennt diese Arbeitsordnung und erklärt sich ihr bedingungslos zu fügen.
2. sich das unbedingte Recht zu wahren, die Firma an jedem beliebigen Tag eine Stunde nachdem es dem Werkmeister gemeldet, verlassen zu können. Die Auszahlung seines Stundenlohnes kann er im Augenblick der Entlassung verlangen, ungeachtet des gesetzlichen oder strafrechtlichen Anspruchs, der an den Lohn gestellt werden kann.
3. daß laut gegenseitigkeit die Firma...
Paris, den...
Unterschrift des Arbeiters.

Dieser Vertrag ist ein bereicherter Beweis für die Verissenheit des französischen Unternehmertums. Der stellunglose Arbeiter, dessen Familie vielleicht in bitterer Not ist, unterzeichnet natürlich mit geschlossenen Augen, denn er hat ja, wohl verstanden, die Arbeitsordnung, die „in den Werkstätten angehängt ist“, gar nicht gesehen. Sie gibt den Löhnannteil von Recht und Gewalt dem Unternehmer. Die ganze Verissenheit kommt freilich erst in dem § 2 zum Ausdruck. In diesem wird dem Arbeiter das unbedingte Recht, zu gehen, wann es ihm beliebt, gestattet, so daß es scheinen könnte, als ob der Unternehmer die persönliche Freiheit des Arbeiters auf das peinlichste beobachten wolle. In Wirklichkeit aber ist der § 2 nur aufgestellt, sind darin die Rechte des Arbeiters nur ausföhrlich angeführt, damit der Unternehmer kraft der im § 3 betonten Gegenseitigkeit die unbedingte Freiheit hat, den Mann in jedem beliebigen Augenblick auf die Straße zu werfen.

In Deutschland haben wir ja dergleichen in jener Zeit, als König Stumm, Kühnemann & Co. noch den deutschen Boden schändeten, auch gehabt. Aber daß damals in dem Aufnahmegesuch sogar nach dem Strafregister gefragt worden wäre, ist unseres Wissens denn doch nicht gewagt worden. Die deutschen Gewerkschaften haben ihren Unternehmern allgemach etwas menschliche Gepflogenheiten beigebracht. Diese Erziehungsarbeit muß, wie Figura zeigt, in dem Lande der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit erst noch geleistet werden.

Der Achtstundentag in Italien

Vom Internationalen Arbeitsamt wird gemeldet: Eine wichtige Verordnung, die die Einführung des Achtstundentags vorsieht, wurde von der italienischen Regierung erlassen. Die Verordnung bestimmt, daß die gewöhnliche Höchstdauer der tatsächlichen Arbeitsleistung aller Arbeiter in industriellen und Handelsbetrieben nicht 8 Stunden im Tag, noch 48 Stunden in der Woche überschreiten soll, und zwar ohne Unterschied der rechtlichen Natur des Betriebes; diese Höchstarbeitszeit gilt auch für Anstalten zur Berufsausbildung, für Wohltätigkeitsanstalten, Ämter, öffentliche Arbeiten und Krankenanstalten, vorausgesetzt, daß die Arbeiter Lohn oder anderweitige Vergütung erhalten und unter der Leitung anderer Personen tätig sind. Auf Hausdiensthöten, leitende Beamte, Handelsreisende und an Bord von Schiffen beschäftigte Personen findet die Verordnung keine Anwendung. Zu der Landwirtschaft hat die Verordnung bloß für Tagelöhner Geltung.

Als tatsächliche Arbeitsleistung ist der Verordnung gemäß jede Arbeit aufzufassen, die eine gewisse und unabhängige Anstrengung erfordert, dagegen nicht Arbeit, die ihrer Natur oder besonderen Umständen nach nicht unablässig ist oder die in bloßer Dienstbereitschaft oder Überwachung besteht.

Aberarbeit von nicht mehr als zwei Stunden am Tag und 12 Stunden in der Woche, oder von entsprechender durchschnittlicher Dauer während eines längeren Zeitabschnittes ist gestattet, wenn sie zwischen den beteiligten Parteien vereinbart wurde. Diese Überzeit muß jedoch besonders mit mindestens 10 v. H. bezahlt werden als bei regelmäßigen Zeit- und Standlohnfahe.

Achtstundentag und Arbeitsleistung

Im März d. J. hielt der wirtschaftliche Ausschuß des vorläufigen Reichsarbeitsrats eine Sitzung ab, in der die Frage der Ausfuhrabgabe behandelt wurde. Unter anderem wurde als Sachverständiger auch ein Herr Dr. Drante gehört, der, wie er selbst erklärte, Leiter des Seehafens Bremen ist und nachwies, daß die Erhebung der Arbeiter im Seehafen — das Beladen der Schiffe usw. — unter den Formalitäten der Ausfuhrabgabe ganz erheblich leidet. Nach dem in dieser Sitzung ausgetragenen stenographischen Bericht sagte Herr Dr. Drante unter anderem folgendes:

„Wenn man den Seehafenbetrieb — ich leite den Seehafen Bremen — statistisch beobachtet, dann findet man, daß der wirkliche Grad der Leistungen auf etwa zwei Drittel bis drei Viertel dessen zurückgegangen ist, was wir vor dem Kriege leisten konnten. Man kann das sehen, wenn man sich einmal die Zahl der bewegten Tonnen auf den Kopf des einzelnen Arbeiters bzw. Betriebsabteilers und die Zahl der bewegten Tonnen auf den einzelnen Uferkran berechnet. Daraus ergibt man sofort, wie die Leistung zurückgegangen ist.“

Es liegt nun nahe, daß auf den Achtstundentag oder auf den mangelhaften Arbeitswillen zurückzuführen. Welches wäre verfehlt. Ich kann Ihnen dadurch beweisen, daß wir in dem Seehafen, in denen wir unbeirrt und unbeschränkt durch staatliche Vorschriften unsere Betriebe führen, trotz des Achtstundentages gegenüber der früheren neun- und zehnstündigen Arbeit die Friedensleistung nicht nur erreicht, sondern sogar in vielen Fällen überertröffen haben. (Hört, hört!) Also das beweist, daß nicht der Achtstundentag und nicht der mangelhafte Arbeitswille der Arbeiterschaft die Ursache der Minderleistung ist.“

Da haben wir also ein sachliches Urteil, das sicher schwerer wiegt als die vielen Urteile, die wir aus interessierten Kreisen, besonders der Industrie, häufig hören und die dahin gehen, daß an allen Ufern unter denen die deutsche Wirtschaft leidet, fast ausschließlich und nur der Achtstundentag schuld sei.

Schiffahrtsabfälle. Die zwei führenden deutschen Schiffahrts-gesellschaften, die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, veröffentlichen gleichzeitig Auszüge aus ihren Abschüssen. Aus beidem geht hervor, daß es den Gesellschaften gelungen ist, nicht nur ihre Betriebe zu verschärfen zu steigern, sondern auch ihren Bestand an Schiffen wesentlich zu erhöhen. Der Norddeutsche Lloyd, der am Ende des Geschäftsjahres 1920 noch keine eigene Seefahrzeuge hatte, verfügt jetzt über 30 Seeadamper, eine größere Zahl von Flußdampfern und kleineren Fahrzeugen. Die Aktionäre beider Gesellschaften werden insgesamt mit 30 v. H. Ausschüttungen, und zwar 10 v. H. Dividende und 20 v. H. Sondervergütung für Geldwertvermehrung, bedacht. Das ist ein Dividendenjah, der im Hinblick auf die mehrhundertprozentigen Gewinnumwendungen anderer Gesellschaften gering ist. Die Bilanz nach der Bilanz geradezu unvorstellbar niedrig. Es ist doch kaum glaublich, daß Gesellschaften mit fortlaufenden Waleruinennahmen, die für eine einzige Passagierfahrt Hunderttausende von Mark einnehmen, 95 oder (beim Lloyd) 314 1/2 Millionen Mark Uberschuß herausrechnen, wenn Wertpapiere beim Lloyd mit 105 Millionen Mark angelegt sind, und der ganze Buchwert der 30 Seeadamper, 26 Flußdampfer, 4 Barkassen und 156 Reichter mit 279,5 Millionen Mark angegeben ist. Im Blicklicht dürften die Gewinne der beiden Unternehmen die viel größer sein; sie entziehen sich aber, wie bei den meisten anderen Unternehmungen, durch ihre geschickte Verschleierung der öffentlichen Betrachtung.

Änderungen der Kurzarbeiterunterstützung

Der Reichstag hat mit Wirkung vom 19. Februar 1923 folgende Fassung des 2. Absatzes des § 8 der Verordnung über Erwerbslosenunterstützung vom 1. November 1921 beschlossen:

Erreichen in einer Kalenderwoche oder Kalenderdoppelwoche Arbeitnehmer, infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit, die in ihrer Arbeitsstätte ohne Überarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und treten deswegen Lohnrücklagen ein, so erhalten sie, sofern 50 v. H. des Wochenarbeitsverdienstes (Doppelwochenarbeitsverdienstes) das Anberthalbfache des Unterhaltungsbeitrages (bisher den einfachen Unterhaltungsbeitrag) der Woche (Doppelwoche) bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstützung in Höhe des fehlenden Betrags, jedoch an Arbeitsverdienst und Erwerbslosenunterstützung zusammen nicht mehr, als den Betrag des bisherigen Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit. § 6 findet mit der Maßgabe Anwendung, daß die Bedürftigkeit nicht zu prüfen ist.

Durch die Einfügung des Wortes anberthalbfache ist ein erheblicher Vorteil zugunsten der Kurzarbeiter geschaffen. Diese Verbesserung ist besonders deshalb zu begrüßen, weil bereits in einigen Industrien die Kurzarbeit einen erheblichen Umfang angenommen hat. Die ab 12. Februar 1923 und zurzeit noch gültigen Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung sind:

1. Für männliche Personen:	in den Daten der Ortsklassen			
	A	B	C	D u. E
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	1500	1400	1300	1200
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	1300	1200	1100	1000
c) unter 21 Jahren	900	850	800	750
2. Für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	1300	1200	1100	1000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	1100	1050	1000	950
c) unter 21 Jahren	800	750	700	650
3. Als Familienzuschläge:				
a) für den Ehegatten	700	650	600	550
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	600	550	500	450

Nach diesen Höchstätzen der Erwerbslosenunterstützung bei voller Erwerbslosigkeit würde sich für Kurzarbeiter folgende Kurzarbeiterunterstützung ergeben:

Ortsklasse A (in Mark)			
für männliche Personen	täglich	wöchentlich	1/4-jähriger Betrag
über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	1500	9000	18500
mit Frau	2200	13200	26800
1 Kind	2600	15600	31600
2 Kindern	3400	20400	40800
3	4000	24000	48000
4 und mehr Kindern	4500	27000	54000
über 21 Jahre ohne eigenen Haushalt	1300	7800	15700
unter 21 Jahren	900	5400	10800
Ortsklasse B			
über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	1400	8400	16800
mit Frau	2050	12300	24600
1 Kind	2800	16800	33600
2 Kindern	3150	18900	37800
3	3700	22200	44400
4 und mehr Kindern	4200	25200	50400
über 21 Jahre ohne eigenen Haushalt	1200	7200	14400
unter 21 Jahren	850	5100	10200
Ortsklasse C			
über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	1300	7800	15600
mit Frau	1800	10800	21600
1 Kind	2400	14400	28800
2 Kindern	2900	17400	34800
3	3400	20400	40800
4 und mehr Kindern	3900	23400	46800
über 21 Jahre ohne eigenen Haushalt	1100	6600	13200
unter 21 Jahren	800	4800	9600
Ortsklasse D und E			
über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	1200	7200	14400
mit Frau	1750	10500	21000
1 Kind	2300	13800	27600
2 Kindern	2850	17100	34200
3	3100	18600	37200
4 und mehr Kindern	3550	21300	42600
über 21 Jahre ohne eigenen Haushalt	1000	6000	12000
unter 21 Jahren	750	4500	9000

An Hand dieser Aufstellung ist jeder Kollege sofort in der Lage festzustellen, wieviel er Erwerbslosen- und wieviel er Kurzarbeiterunterstützung bekommen muß. Es ist noch darauf hinzuweisen, daß sowohl die Erwerbslosen- wie auch die Kurzarbeiterunterstützung steuerfrei ist. Die Kurzarbeiterunterstützung auch dann, wenn sie durch den Arbeitgeber errechnet und mit dem Arbeitsverdienst ausgezahlt wird.

Offenbüchliches Sozial

Offenbüchliche Unternehmerpraktiken werden aus unserer Gewerkschaftsverwaltung gemeldet. Erfahrungsgemäß versuchen die Arbeitgeber die gegenwärtige wirtschaftliche Schwierigkeit gegen die Arbeiterkraft auszunutzen, und der Offenerbüchliche Arbeitgeberverband selbst ist besonders großes. Auch dies Erleben war die Belegschaft der Vereinigten Maschinenfabrik Gumbinnen gezwungen, am 21. März die Arbeit gestoppt zu lassen. In diesem Arbeiterbetriebe erreichte der Spitzelwahn für einen gelehrten Arbeiter vom 21. Jahren im März 618 M. Die Löhne in den kleinen Privatbetrieben sind um ein Vielfaches höher. Bei diesen Löhnen war den Kollegen jede Lebensmöglichkeit genommen. Die Arbeitervertretung verlangte eine Lohnaufbesserung von 50 v. H. in den Besonderenleistungen und erhielt von der Betriebsleitung ein Gegenangebot von 30 v. H. und 5 v. H. Die Belegschaft sagte dies Angebot als Verhöhnung an und ließ den Schlichtungsanspruch an. Bis der Schlichtungsanspruch erzwungenermaßen zum Zuge kam, verging eine ganze Woche. Einigung konnte nicht erzielt werden, da die Unternehmer nicht über 10 v. H. Lohnerhöhung gehen wollten. Angeblich lag die folgende Schlichtung eine Entscheidung nicht zu. Ein Schlichter wurde nicht geschickt, sondern die Belegschaft des Schlichtungsanspruches befragt, das Schlichtungsverfahren zu verlassen und den Betriebsrat zu ersuchen, die Forderungen und Belege der Firma zu prüfen und sich von deren Zahlungsfähigkeit zu überzeugen.

Der Schlichtungsanspruch trat dann erneut zusammen und stellte einen Schlichter am 20. v. H. Zulage, zahlbar ab dritte Lohnwoche im März. In der Provinz wurden aber schon seit dem 15. Februar ein höherer Lohn gezahlt. Verhängnisvoll wurde auch über den Schlichter nicht erreicht und so blieb der Belegschaft nur das letzte Mittel, der Streik. Als der Betriebsrat der Direktion den Streikbescheid mitteilte, hat die Firma an, den Schlichter zu einem ganzen Woche länger in Kraft treten zu lassen. Auch das Entgegenkommen mußte die Belegschaft ablehnen. Schon am nächsten Tage wurde die Firma an alle Arbeitnehmer ein Rundschreiben, in dem die Direktion betonte, daß von ihr in der Frage der Lohnaufbesserung kein gegenwärtiger wirtschaftlicher Zustand des Unternehmens abhänge, sondern sei. Wenn die Firma wieder mehr Aufträge hätte, könnte sich über die Frage erneut sprechen werden. Sie bittet ihre Kollegen um die schriftliche Erklärung, sofort und

unter militärischem Schutz zu den Bedingungen des Schlichters die Arbeit aufnehmen zu wollen, trifft die Erklärung nicht ein, hat sich der Arbeiter als entlassen zu betrachten. (Es erregte Verwunderung, daß schon vom ersten Tage an ein Schupoaufgebot von 20 Mann mit einem Leutnant im Betrieb zum Schutz der Streikbrecher einquartiert wurde. Selbst der Herr Direktor wurde des Nachts von 4 Mann Schupo bewacht.) Das Rundschreiben hatte selbstverständlich unter den Streikenden keine Wirkung. So verurteilte die Firma, einzelne Arbeiter durch Versprechungen zu fangen. Auch das schlug fehl. Darauf wurden härtere Mittel angewandt. Bemerkenswert ist, daß ein Teil der Belegschaft, alles Polensflüchtlinge, in Paraden wohnt, die feinerzig zur Unterbringung der Polensflüchtlinge beschlagnahmt wurden. Diesen Arbeitern schickte die Direktion einen Drohbrief mit dem Inhalt, wenn die Arbeiter nicht die Arbeit aufnehmen, sei das Arbeitsverhältnis gelöst und die Wohnung sofort zu räumen. Die Firma würde die Polizei entsprechend benachrichtigen, die dann zur Zwangsäumung schreiten würde, und den Schaden habe dann der Betroffene selbst zu tragen. Diejenigen Arbeiter, die noch einen Teil des Vorpostens auf Brennmaterial zu begleichen hätten, müßten dies umgehend tun, andernfalls müßte auch hier gerichtlich vorgegangen werden. Auf diese Anordnung wurden einige Kollegen vorstellig bei der Direktion, die dann von den Arbeitern forderte, sie sollten sofort vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Erlaubnis zur Arbeit einholen, gefolgt das, wäre die Firma nicht abgeneigt, die Schulden ganz zu streichen. Streikbrecherarbeiten sollten nicht gemacht, nur müße für Aufrechterhaltung des Betriebes gesorgt werden, damit dann die Arbeit in vollen Umfang aufgenommen werden könne. (Merkt du was?) Der Streik nimmt seinen Fortgang. Die die Direktion gegen unliebsame Gewerkschaftskollegen vorgeht, lehrt das Bündigungs schreiben, das am Abend vor dem Streik einem Kollegen aufgestellt wurde, darin hieß es: Die Firma habe ganz zuverlässige Mittelungen erhalten, daß der Gewerkschaftskollege in der Betriebsversammlung gesagt habe: Die Direktion bezieht in der Lohnfrage Verschleppungspolitik und es wird die höchste Zeit, die Forderungen zu zeigen. Das sei eine große Unannehmlichkeit von dem Arbeiter, in der Versammlung solche Verleumdungen und Bedrohungen der Direktion auszusprechen. Da der Arbeiter schon gewarnt worden sei, müsse nunmehr zur Entlassung geschritten werden. Für 12 Arbeitstage soll ihm der Lohn noch ausgezahlt werden und die Paradenwohnung habe er umgehend, spätestens aber bis 1. Mai zu räumen. Er könne ja getrost den Schlichtungsanspruch anrufen.

Spitzelwesen kamen und wurden gegangen

Die Maghütte in Rosenberg hatte im Dezember vorigen Jahres zur Überwachung ihrer Arbeiter und Angestellten einige Dedecklins angeheuert. Einer dieser Genossen nennt sich Hermann Karrajch, ein anderer Erich Jahn. Angeblich sollte durch Diebstahl die Überwachung veranlaßt worden sein. Weder der Betriebsrat noch irgend jemand war von der Überwachung verständigt. Es hat sich selbstverständlich eine außerordentliche Erregung unter der Arbeitererschaft bemerkbar gemacht, als eine größere Zahl Arbeiter und Angestellte wegen ganz kleiner, geringfügiger Vergehen vor diese Herren geladen wurden. So wurden alle Arbeiter angekreidelt, daß sie einmal eine Gade mit in den Betrieb genommen haben und dort schlafen liegen, oder daß sie ihre Holzschuhe, die sie im Werke benötigten, mit einem Stüchchen Blech benagelten, oder daß sie sich vom Sanitärer ein Stüchchen Wunde zum Verbinden einer Verwundung geben ließen.

Die Spitzel führten in den Werken ein recht freies Leben, arbeiteten sehr wenig, verlegten ihre Tätigkeit auf Bespitzelung der Arbeiterschaft und veranlaßten noch diesen und jenen Arbeiter, für sie Spitzelarbeiten zu machen — um sie dann melden zu können. Der Betriebsrat verlangte von der Direktion Aufklärung, woher diese Leute und warum sie ins Werk gekommen seien, worauf die Direktion erklärte, daß mit Ausnahme des Generaldirektors niemand von der Sache Kenntnis habe. Die Arbeiterschaft zog vor das Hauptbüro und ließ durch den Betriebsrat erklären, daß die Spitzel nicht ihren Vernehmungsmitteln sofort Rosenberg verlassen müßten, widrigenfalls sie in Trapp gebracht würden. Die Polizei und der Betriebsrat hatten alle Hände voll zu tun, um die Arbeiterschaft zu beruhigen und eine Abreise der Spitzel zu ermöglichen. Die Spitzel erklärten, aus einem Dedecklinsbüro in Wittenberg in Sachsen zu sein und im Auftrag des Gesamtverbandes deutscher Industrieller zu handeln. Sie würden nicht nur in diesen, sondern auch in andere Betriebe gehen, um zu überwachen und festzustellen, ob was von den Werksangehörigen den Werken veruntreut und ob durch Spitzelarbeit oder Faulenzen den Betrieben Arbeitszeit weggenommen werde.

Der Arbeitgeberverband für den süddeutschen Erzbergbau und die Hüttenbetriebe, dessen Vorsitzende die Generaldirektion der Maghütte in Rosenberg stellt, hat beantragt, die Löhne der Arbeiterschaft um 30 v. H. abzubauen, weil die Werke die Löhne von 1500 M je Stunde nicht zu tragen vermöchten. Also auf der einen Seite Lohnabbau, auf der anderen Seite hat die Maghütte Geld, große Summen zur Bespitzelung der Arbeiter und Angestellten auszugeben. Damit solche Vorwände in Zukunft vermieden werden können, raten wir der Arbeiterschaft, sich noch fester zusammenzuschließen und sich mehr als bisher um ihre gewerkschaftliche Organisationen zu kümmern. Den Angestellten oder raten wir, nicht weiter unorganisiert zu bleiben und zugunsten, bis sich die Arbeiter etwas erkämpfen, sondern sich auch ihrer Berufsorganisation anzuschließen und in Reich und Glied mit der Arbeiterschaft um Verbesserung ihrer Verhältnisse zu ringen.

Arbeitslöhne und Preisabbau

Als größtes Hindernis für einen durchgreifenden Preisabbau wird seit von interessierter Seite auf die hohen Löhne verwiesen. Welche Preisprüfung in dieser Hinsicht liegt, beweist ein Artikel, der vom Sozialdemokratischen Parlamentarier der Neuen Züricher Zeitung angenommen wurde. Genannte Zeitung stellt fest, daß Mitte Februar d. J. die Stundenlöhne deutscher gelehrter Arbeiter in der Industrie, einschließlich Zulagen, Akkordzulagen usw., mit höchstens 1200 M zu veranschlagen gewesen sind. Das entspricht bei dem damaligen Dollarkurs der Summe von etwa sechs amerikanischen Centes oder 30 bis 32 Schweizer Centimes. In derselben Zeit betrug aber der Stundenlohn des amerikanischen gelehrten Arbeiters etwa das Doppelte, nämlich circa 50 Centes, und der des schweizerischen Arbeiters das Dreifache, nämlich 1,50 Franken. Anfangs März, wo die Löhne ihren höchsten Stand in Deutschland erreicht hatten, wurde der deutsche Stundenlohn auf höchstens 1500 M geschätzt, volutarisch umgerechnet auf ein Siebentel des amerikanischen und auf ein Viertel der schweizerischen Lohnsumme. Diese jämmerlich niedrigen Löhne, schreibt das Züricher Blatt, erklären es, daß der Lohn heute bei den meisten Produkten kaum 5 bis 10 v. H. ausmacht und daß, wenn man sich das vor Augen halte, die Ansätze der Höhe der Löhne als Gesamtwert für den Preisabbau einpaßlich lächerlich sei.

Das Reich war es, das sich im März gegen eine weitere zahlenmäßige Erhöhung der Löhne seiner Angestellten und Arbeiter wehrte, weil, wie regierungsmäßig erklärt wurde, diese Erhöhung den Preisabbau gefährde. Überflüssig zu sagen, daß der Troß der Industriellen in hohem Maße tückisch war, wenn aber die Lohn- und Gehaltsempfänger im ganzen für den März eine weitere zahlenmäßige Erhöhung ihrer Einkünfte forderten, so war dies angesichts der weiteren Preisabgabe der notwendigen Bedarfsartikel (mit Ausnahme der Getreide) keine Lohnaufbesserung, sondern ein Wehnen gegen weiteren Lohnabbau. Ehe der Preisabbau wie eine Lohnaufbesserung wirken kann, muß er viel durchgreifender in Erscheinung treten, wozu leider bisher bitter wenig zu werden ist. Die Deutsche Tageszeitung, das Blatt der Großgrundbesitzer, war kürzlich so oberflächlich, der Regierung das Verlangen Republikens I zu empfehlen. Dieses Blatt, das sich mit Händen und Füßen gegen einen Preisabbau wehrt, überläßt in seiner kindlichen Weise gegen einen Preisabbau, überläßt in seiner kindlichen Weise den Vorarbeiten, um das Einkommen der Bevölkerung und die Lebensgrundlage in einem vernünftigen Verhältnis zueinander zu halten. Unsere Regierenden werden freilich andere Vorhaben an die nächsten Witzbriefe an die Unternehmernverbände um Preisabbau, wozu gegen die hohen Löhne und empfinden der Arbeiterschaft, auf

weitere Lohnausgleich zu verzichten und den Preisabbau abzuwarten. Durch den eingangs berangezogenen Ausschuss des Züricher Blattes erhielt zur Genüge, was es mit dem Gejammer unserer Unternehmer über Wettbewerbsunfähigkeit auf sich hat. Es fehlt eben bei uns an einer Stelle, die den Anteil der Löhne an den Warenpreisen nachprüft. Der Regierung scheint freilich weniger an einem gefunden Arbeiterstamm zu liegen, als an einem gefunden Unternehmen. Die schärfsten Vertreter der Unternehmer, den Handelskammern, mühten sich als Gegenstück Arbeiterschaft an demselben Wege. Die schärfste Regierung hat ja schon den ersten Schritt auf diesem Wege getan. An der Arbeiterschaft liegt es, der Sache Nachdruck zu verleihen. Das kann natürlich nicht durch baltisches Brüllen, sondern nur durch Festigung der Organisation erreicht werden.

Der Löffler, das Organ des früheren Löfflerverbandes, hat am 1. April sein Erscheinen eingestellt. Kleiniges Verbandsblatt ist nunmehr auch für die Löffler das Blatt des Bauergewerksbundes, der Löffler in Hamburg. Der Löffler konnte auf ein mehr denn dreißigjähriges Bestehen zurückblicken. Dies wird zunächst im Grundstein weitergeführt werden. Das Pressewesen wird im Bauergewerksbunde derartig eingerichtet, daß keine der ihm angehörenden Gruppen über Vernachlässigung zu klagen haben wird. Dies ist schon notwendig im Interesse der Verbreitung des Bundesgedankens.

Eingegangene Schriften

Brodhaus, Handbuch des Wissens. Sechste gänzlich umgearbeitete und wesentlich vermehrte Auflage von Brodhaus' kleinem Konversationslexikon mit 7500 Abbildungen und Karten im Text und auf 160 einfarbigen und 80 bunten Tafel- und Kartenseiten und mit 70 Übersichten und Zeittafeln. Das Werk erscheint in 4 Bänden, von denen die drei ersten Bände vorliegen und der vierte Band im Laufe dieses Jahres erscheinen wird. Das Brodhaus'sche Handbuch des Wissens ist das beste seiner Art, schon seit Jahrzehnten bekannt und im weitesten Kreise eingeführt. Die sechste Auflage ist der beste Beweis für seine Güte. Die neueste Ausgabe berücksichtigt all die neuen gewaltigen Umwälzungen und Fortschritte auf dem Gebiet der Politik, Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Kunst. Allein die großen Umwälzungen der letzten zehn Jahre machten die Neubearbeitung und Neuausgabe der Brodhaus'schen Handbücher zur bringenden Notwendigkeit. Die zunehmende Verschlechterung im Buchgewerbe gefährdet wiederholt die Herausgabe. Schon einmal ging durch die Presse die Nachricht, daß die Neuausgabe eingestellt werden müsse. Zum Glück ist es dem Verlag gelungen, sein Werk zu vollenden. Kein Funktionär, kein Betriebsrat, der im Worttreten der Bewegung steht, an dessen Wissen und Allgemeinbildung die allergrößten Anforderungen gestellt werden, kann ein Handbuch des allgemeinen Wissens, wie es das Brodhaus'sche ist, entbehren. Alle Gebiete aus dem grauen Altertum bis in die allerneueste Zeit sind in kurzer, knapper, dabei aber leichtverständlicher Form dargestellt und die alphabetische Ordnung ermöglicht ein schnelles Auffinden des Gesuchten. Bücher, die ins Haus des bildungshungrigen Arbeiters gehören. Das Anschaffen begegnet leider einem großen Hindernis, und zwar scheitert es gewöhnlich an dem Preis der Bücher. Wenn auch die Kaufsumme hoch ist, so ist sie doch im Rahmen der allgemeinen Preisbildung als tragbar zu bezeichnen. Um aber die Verbreitung des Buches in Arbeiterkreisen zu ermöglichen, gemahnt die Verlagsbuchhandlung Emil Finl, Stuttgart, Schloßstraße 84, an unsere Verwaltungstellen und deren Funktionäre und Mitglieder Teilzahlungen zu den günstigsten Bedingungen.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 29. April ist der 18. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. April bis 5. Mai 1923 fällig.

Das Beitrittsgehalt beträgt vom 1. Mai 1923 an bis auf weiteres: für männliche und weibliche Personen über 18 Jahre . . . 500 M. unter 18 . . . 300 M. Lehrlinge ohne Unterschied des Alters . . . 50 M.

Vom 1. Mai an kostet ein Erjagbuch 1500 M.

Bei Bestellung von Erjagbüchern sind die üblichen Bestellformulare zu benutzen. Der Betrag ist in Reichsmarkenscheinen beizufügen. Briefmarken und städtische Geldscheine werden nicht in Zahlung genommen. Wenn trotzdem solche Wertzeichen noch eingeschickt werden, so erfolgt Rücksendung auf Kosten des Einsenders. Alle Erjagbücher müssen bezahlt werden.

Aufforderung zur Nachfertigung:

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Auf Antrag der Verwaltungsstelle Nürnberg: Der Hobler Hermann Brieger, geb. am 15. November 1879 zu Götting, Mitgliedsbuch Nr. 4.802.639, wegen Unterschlagung.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Ferner: Der Schlosser Heinrich Sakendrin, geb. am 23. Juni 1867 zu Oelde, Mitgliedsbuch Nr. 4.058.925, wegen Unterschlagung. Auf Antrag der Verwaltungsstelle Weibert: Der Maschinist Karl Bernhardt, geb. am 16. Juli 1892 zu Langenberg, Mitgliedsbuch Nr. 4.005.186, wegen Unterschlagung.

Annulliert werden folgende Mitgliedschaften nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Nürnberg: Der Elektriker Erich Jahn, geb. am 13. Januar 1886 zu Halle, Mitgliedsbuch Nr. 6.243.199; Hermann Karrajch, geb. am 11. April ? zu Rastenburg, Mitgliedsbuch Nr. 6.245.176.

Gestrichen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 4.289.500, lautend auf den Schlosser Erich Franz Simon, geb. am 5. September 1900 zu Rauerndorf (Nürnberg) Mitgliedsbuch Nr. 3.694.484, lautend auf den Gußmonteur Otto Jahn, geb. am 6. Dezember 1903 zu Bürgerwiesen (Landberg a. D.). Mitgliedsbuch Nr. 4.511.770, lautend auf den Klempner Otto Weißleder, geb. am 2. April 1908 zu Halle a. S. (Vorstand).

Mit Kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von Formern und Sieckereiarbeitern nach Ungarn D.; von Grabmalern nach Verdorf, Deutsch-Österreich (Fa. Krupp) D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Samerich (Eisenwerkzeug) und Maschinenfabrik Reintjes D.; nach Erlangen Metallwarenfabrik Wesa, vorm. Gebr. Wiegler) W.; nach Kronach (Andres & Söhne) W.; nach Lauterberg a. Harz (Franz Kahlmann) W.; nach Hummel: W.; nach Stolp in Pommern St.; von Senfenerarbeitern nach Lärmitz bei Ruffig, Tschachostowatz (Hammerwerke).

2 = Lohnbewegung; D = Differenzen; v St = Streit in Sicht; St = Streit; M = Maßregelung; W = Wistände; A = Anwesenheit

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Stuttgart, Königsplatz 16.